

## KURZ UND PRÄGNANT

### Doch keine Bürgerbeteiligung?

Seit Beginn des Jahres können sich die Thüringer an der Diskussion zu Gesetzen im Online-Diskussionsforum des Landtages beteiligen. In der aktuellen Diskussion zum Entwurf einer neuen Thüringer Bauordnung hat jetzt der Ausschuss für Bauen, Landesentwicklung und Verkehr mit den Stimmen der CDU und SPD den Antrag der LINKEN auf Diskussion der vorliegenden Gesetzentwürfe im Onlineforum des Landtages abgelehnt. „Die Thüringer Bauordnung betrifft uns jeden Tag. Die Regelungen über das Bauen wirken auf unser tägliches Leben. Auch wenn die Materie des Gesetzes nicht einfach ist, darf Mitwirkung nicht ausgeschlossen sein. Für die Einbindung der Bürger lagen geeignete Vorschläge vor, sodass die Ablehnung der Online-Diskussion eine Abkehr von dem Ziel der Einbindung der Bürger ist. Die Regierungskoalition zeigt hier wieder, dass mehr Demokratie nicht gewünscht ist“, erklärte MdL Heidrun

### Gesetzentwurf für Wahlrecht ab 16 Jahre

Die Fraktion DIE LINKE hat jetzt in den Landtag einen Gesetzentwurf eingebracht, der – per aktiven Wahlrecht – Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren die Teilnahme an Kommunal- und Landtagswahlen gestatten soll. „Es ist wichtig, Menschen so früh wie möglich an den demokratischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen“, so MdL Katharina König. „Nicht nur Sozialwissenschaftler, auch führende Juristen stimmen zu, dass junge Menschen heute früher entscheidungsfähig sind. Viele engagieren sich auch längst in und für die Gesellschaft. Dies muss Auswirkungen auch im Wahlrecht haben.“ Die Abgeordnete verwies darauf, dass die meisten deutschen Bundesländer bereits ein Kommunalwahlrecht ab 16 eingeführt haben, auf Landesebene könne man in Bremen und Brandenburg mit 16 wählen. „Wir wollen, dass Thüringen hier mitzieht!“, betonte die Jugendpolitikerin. „Die Forderung nach einem Wahlrecht ab 16 wird ebenso in anderen Fraktionen, aber auch Parteien, positiv diskutiert und mehrheitlich – insbesondere von den Jugendorganisationen – befürwortet. Wir hoffen, dass der Thüringer Landtag hier aktiv wird und dem Gesetzentwurf zustimmt, damit endlich auch hier die Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren an den Kommunalwahlen und der Landtagswahl, die nächstes Jahr in Thüringen anstehen, teilnehmen können.“ ■

# LINKE Abgeordnete mit bewegender Lesung

## Zum mahnenden Gedenken an den 80. Jahrestag der NS-Bücherverbrennung

**„Dies war ein Vorspiel nur, dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen.“ (Heinrich Heine, 1821) Dieser Ausspruch, über ein Jahrhundert vor den Ereignissen jenes Maiabends geschrieben, kann nicht direkt in Verbindung zu den faschistischen Bücherverbrennungen der deutschen Studentenschaft gebracht werden und doch beschreibt dieser Ein-Zeiler so treffend wie kein anderer, welche Bedeutung dieser 10. Mai 1933 besitzt.**

Die „Aktion wider dem undeutschen Geist“, die den Auftakt einer vier Wochen andauernden Hetz-Kampagne bildete, stellte vielmehr eine Aktion des deutschen Ungeistes dar. Es war eine Aktion gegen jeden jüdischen, marxistischen oder pazifistischen Schriftsteller und zeigte auf, welcher zerstörerische Geist dem Nationalsozialismus innewohnt. Mit dem Vorwurf „undeutsch“ zu sein, war der Begründung genüge getan und Bücher und Texte wurden unter Schmährufen ins Feuer geworfen, Autorinnen und Autoren wurden eingesperrt oder gezwungen, ins Exil zu gehen.

Erich Kästner, der diesen Abend treffend mit Begräbniswetter, welches über der Stadt hängt, beschrieb, erinnerte sich später an jenen Tag auf dem Berliner Opernplatz: „Als am 10. Mai 1933 die deutschen Studenten in allen Universitätsstädten unsere Bücher tonnenweise ins Feuer warfen, spürten wir: Hier vollzieht sich Politik, und hier ereignet sich Geschichte. Die Flammen dieser politischen Brandstiftung würden sich nicht löschen lassen. Sie würden weiterzüngeln, um sich fressen, auflö-

sen und Deutschland, wenn nicht ganz Europa, in verbrannte Erde verwandeln. Es würde so kommen und es kam so.“ (Erich Kästner, 1946)

Deutschland, das einstige „Land der Dichter und Denker“, hatte sich selbst an jenem Abend seiner Kultur beraubt, sie verbrannt. Etwas, von dem es sich bis heute nicht erholt hat und dessen Nachwirkungen immer noch zu spüren

seit der Fraktion – gedachten in ihrer Sitzung am 15. Mai die Abgeordneten und MitarbeiterInnen der LINKEN Schriftstellern, deren Bücher die Nazis vor 80 Jahren auf Scheiterhaufen verbrannten. Bodo Ramelow las Erich Kästner. Zu Beginn „Kennst du das Land, wo die Kanonen blühen?“ und abschließend „Fantasie von Übermorgen“. Ergreifend die Passage aus Erich Maria Remarques



sind. Es hilft nicht nur an diesen Tag mahnend zu gedenken, sondern vielmehr müssen diese Texte auch gelesen werden.

Denn, um es in den Worten von Werner Treß zuzusagen: „Gerecht werden können wir den ‚verbrannten Büchern‘ aber nur, wenn wir uns bei ihrer Lektüre fragen, ob wir uns heute noch an ihnen messen können und ob wir so manche verschüttete Idee vielleicht sogar wieder aufgreifen und sie übertreffen können.“

Mit einer bewegenden Lesung – per Livestream übertragen auf der Internet-

„Im Westen nichts Neues“, vorgetragen von Birgit Klaubert. Rosa Luxemburgs Ermordung, die Egon Erwin Kisch im „Rettungsgürtel an der kleinen Brücke“ so eindringlich beschrieb, brachte Heidrun Sedlacik in Erinnerung. Dirk Möller trug Heinrich Kurtzig „Der Buchbinder“ und Carl von Ossietzky „Antisemiten“ vor. Ina Leukefeld hatte sich den (köstlichen) Text „Der Mensch“ von Kurt Tucholsky, veröffentlicht unter dem Pseudonym Kaspar Hauser in der Weltbühne vom 16.06.1931, ausgesucht.

Marcel Langner

## Druckhaus-Aus

Als „doppelt bedenkliche Entwicklung“ bezeichnete Bodo Ramelow das Vorhaben der Zeitungsgruppe Thüringen, ihr Ostthüringer Druckzentrum zu schließen. Damit gehen mehr als 100 Arbeitsplätze verloren. Zudem gerate die Medienvielfalt im Land weiter unter Druck. DIE LINKE unterstützt die Forderung der Gewerkschaft Verdi nach einem Sozialtarifvertrag. „Die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dürfen nicht im Regen stehen gelassen werden“, unterstrich der Fraktionsvorsitzende. Es sei „absolut unverständlich“, dass ein Druckzentrum, das mit erheblichen Steuergeldern gefördert wurde, nun sang- und klanglos geschlossen werden soll, ohne über Perspektiven oder Alternativen das Gespräch zu führen.

Bodo Ramelow kündigte an, dass die Linksfraktion und die Landrätin des Altenburger Landes, Michaela Sojka, das Gespräch mit der Unternehmensführung und Beschäftigtenvertretern suchen werden. ■

## Für solidarische Rentenversicherung

„Anstatt sich in Thüringen neue Vorschläge auszudenken, soll die CDU im Bund erst einmal ihre Hausaufgaben machen“, hatte Margit Jung den jüngsten Vorstoß der Thüringer Ministerpräsidentin Lieberknecht zur Flexi-Rente kommentiert.

Die familienpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag betonte: „Für mich ist diese Diskussion ein reines Ablenkungsmanöver.“ Wer seinen eigenen Koalitionsvertrag nicht umsetze, in dem die Ost-West-Angleichung festgeschrieben sei, brauche gar keine neuen Versprechen zu machen – dem glaubten die Menschen sowieso nicht.

Auch sei die Erkenntnis nicht neu, dass Ärztinnen später anfangen zu arbeiten und Zimmermänner mit 67 Jahren nicht mehr auf dem Dach stehen sollten. „Menschen später in Rente zu schicken, ist in den meisten Fällen lediglich eine Rentenkürzung. Deswegen muss das Renteneintrittsalter wieder auf 65 Jahre gesenkt werden“, sagte

die Familienpolitikerin der Linksfraktion. Wer wirklich Altersarmut verhindern wolle, müsse die Rentenversicherung zu einem solidarischen System umbauen, in das wesentlich mehr Menschen einzahlen, müsse sicherstellen, dass der schleichende Ausstieg der Arbeitgeber aus der Altersvorsorge umgekehrt werde und eine solidarische Mindestrente einführen, die jeder und jedem ein Leben in Würde ermöglichen.

„Davon, dass modische Wörter aus der Versicherungswirtschaft in die politische Diskussion eingeführt werden, ist noch kein Problem gelöst“, so Margit Jung weiter. Es gehe vor allem kein Weg daran vorbei, dass Arbeit angemessen bezahlt werden müsse.

„Wir brauchen nicht nur einen Mindestlohn, der die größte Ausbeutung verhindert, sondern angemessene Löhne, auf deren Grundlage eine auskömmliche Rente erwirtschaftet werden kann.“ ■